

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 spbn d

Inhalt

Hans Böhler MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages, formuliert sozialdemokratische Erwartungen an den Besuch von Erich Honecker: Spitzengespräche alltäglich machen. Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Bundestages, zu einem "Reisemitbringsel" des Regierenden Bürgermeisters von Berlin aus den USA: Der PANAM-Umzug - ein Ladenhüter. Seite 3

Manfred Dammeyer MdL, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsreich, würdigt die Arbeit des Bildungsreformers Ludwig von Friedeburg anläßlich dessen 60. Geburtstages: Bildung als Lebensaufgabe. Seite 4

Dokumentation

Der Minister für das Fernmeldewesen in Nicaragua, Enrique Schmidt-Guadra, hielt auf dem Essener Parteitag eine mit starkem Beifall aufgenommene Rede. Wir dokumentieren die Passage, die sich mit den Wahlen in seiner Heimat befaßt. Seite 6

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

39. Jahrgang / 97

21. Mai 1984

Erwartungen an den Besuch Erich Honeckers

Deutsch-Deutsche Spitzengespräche sollten alltäglich werden

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Viel zu lange schon wird über den bevorstehenden Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland spekuliert. Wieder einmal sind Zweifel an der Regierungskunst Helmut Kohls angebracht.

Seit kurzem wissen wir offiziell, daß Honecker "im September" in die Bundesrepublik kommen wird. Überängstliche Wächter der ungeklärten Statusfragen mag beruhigen, daß der Besuch protokollarisch als Arbeitsbesuch behandelt wird. Diese Protokollfrage verbindet sich glücklich mit dem Interesse des in Wiebelskirchen geborenen Erich Honecker, seine alte Heimat wiederzusehen.

Durch die überlange Ankündigungsphase wird der Besuch schon jetzt mit zu hohen Erwartungen befrachtet. Er kommt ins Gerede, Spekulationen schießen ins Kraut. Nicht nur die lange Ungewißheit provoziert diese Spekulationen und Erwartungen, die Union selbst wirkt nach Kräften daran mit.

Die Selbstschußanlagen sollen ersatzlos bis zum Beginn des Besuches abgebaut werden, fordert Minister Windelen. Eduard Lintner, Fraktionssprecher der CDU in deutschlandpolitischen Fragen, erklärt, eine Verringerung der Anzahl der Überstiedler aus der DDR gefährde den Honecker-Besuch. Lintner zeigt sich dabei völlig unbelastet von den Worten seines Fraktionskollegen und Staatsministers Jenninger, niemand wolle "die DDR entvölkern".

Zahllos sind die Reden von Unionspolitikern über unabdingbare Ergebnisse, die das Treffen haben müsse und, daß ein Gespräch zwischen Kohl und Honecker kein Selbstzweck sein dürfe.

Kommunisten Engung
im westlichen Rechtsstaat
Richtiges Papier



Als Helmut Schmidt zum Werbellinsee fuhr, gab es ein ähnliches Verhalten der CDU/CSU: Die damalige Opposition knüpfte an den Besuch so hohe Erwartungen, daß sie am Ende auf jeden Fall Enttäuschung heucheln konnte. Wir Sozialdemokraten haben das damals im Interesse der Beziehungen mit der DDR kritisiert, und wir werden auch heute keine überzogenen Erwartungen an ein Treffen Kohl/Honecker knüpfen.

Übrigens sind vom Treffen am Werbellinsee so viele konkrete Schritte in der Deutschlandpolitik ausgegangen, daß die Kohl-Regierung heute noch davon zehren kann.

Wir wünschen uns, daß deutsch-deutsche Spitzengespräche ähnlich alltäglich werden wie andere regelmäßige Konsultationen mit benachbarten Staaten. Wenn sie den Charakter von Sensationen verlieren, können sie mehr zum Verständnis so unterschiedlicher Staaten füreinander und damit zur Fortentwicklung der Beziehungen beitragen. Weil wir den Frieden wollen, sind wir für Gespräche über Blockgrenzen hinweg und auf allen Ebenen.

Das heißt nicht, daß Kohl und Honecker keine wichtigen Themen zu beraten hätten. Unter anderem gehören auf die Tagesordnung Fragen wie

- die Olympiaabsage
- die Krise des deutsch-deutschen Jugendaustausches
- die Stagnation des Sportverkehrs
- die Erleichterung der Reisemöglichkeiten
- die Verringerung des Mindestumtausches
- die Weiterentwicklung der im Grundlagenvertrag vereinbarten Zusammenarbeit - insbesondere in Fragen des Friedens und der Abrüstung
- schließlich wird darüber zu sprechen sein, wie ernst die Bundesregierung ihre Verpflichtung aus dem Grundlagenvertrag und aus dem Vertrag mit Polen nimmt, die in Europa bestehenden Grenzen zu respektieren.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Kohl und Honecker in aller gebotenen Vertraulichkeit die Handlungsmöglichkeiten beider deutscher Staaten ausloteten, um ihre Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden in Europa in konkreten politischen Schritten zu realisieren.

Gegenläufige Tendenzen gibt es genug: Ob die DDR die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin besonders bewacht und DDR-Bürger wegen eines Besuchs der Bonner Vertretung verhöhrt oder gar verurteilt, ob sie Rechtsvorschriften verändert, um jede Opposition in der DDR noch besser verfolgen und bestrafen zu können oder, ob in der Bundesrepublik in einer Art und Weise über die Grenzen von 1937 diskutiert wird, als ob die Restauration des Deutschen Reiches auf Kosten Polens und des Warschauer Paktes unmittelbar bevorstände.

Auch in dieser sicherlich zentralen Frage erhoffen wir Sozialdemokraten uns von dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik und den dabei stattfindenden Gesprächen eine eindeutige Klarstellung durch die Bundesregierung.

(-/21.5.1984/ks/rs)

+ + +



Dieppens Reisemitbringsel - ein Ladenhüter

Der PANAM-Umzug nach Berlin ist kein Beleg für die Durchsetzungskraft
des Regierenden Bürgermeisters

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Bundestages

Als bedeutendsten Erfolg seiner Washingtoner Reise-Diplomatie vermeldete der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, den Umzug der Detuschland- und Europazentrale der PANAM von Frankfurt nach Berlin. Aber mit den Reisemitbringseln ist das ja häufig eine eigene Sache. Wenn der Reiseort genügend weit weg und genügend interessant ist, dann kann man auch bei geschickter Verpackung alte Ladenhüter offensichtlich als attraktive Reisemitbringsel in den deutschen Blätterwald einspeisen.

Warum sage ich das? Nun, es ist wohl nicht in Vergessenheit geraten, daß gegen Ende des Jahres 1983 die amerikanische Fluggesellschaft PANAM zu einer wichtigen Pressekonferenz einlud. Doch dann wurde aus dieser Pressekonferenz nichts, sie wurde abgeblasen mit der Begründung, sie würde zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Nur, die Berliner Spatzen piffen es damals bereits von den Dächern, daß die PANAM an einen Teil-Umzug von Frankfurt nach Berlin denke. Nun also konnte dieses Ereignis mit einigen Monaten Zeitverzögerung als wertvolles Reisemitbringsel des Regierenden Bürgermeisters Diepgen der staunenden Öffentlichkeit präsentiert werden. Dies alles wurde garniert mit der Aussage, die PANAM würde auch zwischen der Bundesrepublik und Berlin mehr Flugrelationen als bisher anbieten.

Wer nun konkret wissen will, wie sich dieses besondere Engagement des Regierenden Bürgermeisters von Berlin in konkreten Arbeitsplätzen in Berlin niederschlägt, mußte nur in der "Frankfurter Neuen Presse" nachlesen. Dort heißt es am 14. April 1984: "Die Verlegung der PANAM-Deutschlanddirektion von Frankfurt nach Berlin zieht, wie Stationsleiter Herbert Leuninger erläuterte, keinen Arbeitsverlust nach sich. Lediglich Conrad Jacoby, Nachfolger des ausgeschiedenen Regionaldirektors für Europa, Volker Weller, übersiedelt nach Berlin. Station und Stadtbüro der Gesellschaft bleiben mit 630 Mitarbeitern in Frankfurt."

Inzwischen ist die Rede davon, daß zwischen fünf und 20 Mitarbeiter von Frankfurt nach Berlin umziehen!

Und was hat es mit der Erhöhung der Flugfrequenzen auf sich? Nun, hier hat die PANAM auf einer Pressekonferenz vor einiger Zeit die erste von insgesamt zehn umzurüstenden Maschinen von 128 auf 116 Sitze vorgestellt. Andere Fluggesellschaften fliegen übrigens bereits seit Jahren mit einer geringeren Sitzplatzzahl. Aber, da man die Sitzplatzkapazität reduziert, muß man wohl die Zahl der Flugfrequenzen erhöhen.

Ist das wirklich ein überzeugender Grund und Beweis für die angebliche Durchsetzungskraft des neuen Regierenden Bürgermeisters?
(-/21.5.1984/ks/rs)

+ + +



Bildung als Lebensaufgabe

Zum 60. Geburtstag von Ludwig von Friedeburg

Von Manfred Dammeyer MdL

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Die SPD hatte in ihrer langen Geschichte wenige so profilierte Bildungspolitiker wie Ludwig von Friedeburg, heute Leiter des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich und der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD.

Ludwig von Friedeburg kennt die Bildungspolitik von allen ihren Aspekten her: Als Assistent und Professor in Frankfurt, als Ordinarius in Berlin, als Kultusminister in Hessen und heute als Leiter eines der renommiertesten soziologischen Forschungsinstitute Deutschlands in der Tradition von Theodor Adorno und Max Horkheimer.

Nach dem Wiederaufbau in der Bundesrepublik Deutschland, der durch die Vernachlässigung des Bildungswesens gekennzeichnet war, war Ludwig von Friedeburg einer derjenigen, der auf die Versäumnisse dieser CDU/CSU-Politik mit als erster deutlich hinwies. In seiner Studie "Student und Politik" zeigte er bereits 1961 die Mängel im "Betriebsklima" der Bundesrepublik auf, die ab 1965 zum damaligen Protest der Jugend führten.

In seiner Zeit an der Freien Universität Berlin und als hessischer Kultusminister gelang es ihm oft, den Protest der betroffenen Schüler, Auszubildenden und Studenten so zu kanalisieren, daß daraus überzeugende Handlungsanweisungen für die sozialdemokratische Bildungspolitik wurden. Bei der Umsetzung dieser Konzepte, zum Beispiel bei der flächendeckenden Einführung der Gesamtschule in Hessen konnte es nicht ausbleiben, daß er Zielscheibe der reaktionären aller Schattierungen wurde. So wurde er beschimpft als "der rote Bildungsadlige, dem es um die sozialistische Indoktrination unserer Kinder geht". Die Schärfe und Demagogie, mit der sich noch heute CDU/CSU gegen die Einführung von Gesamtschulen wenden, weil sie im herkömmlichen Schulsystem die soziale Trennung der Schüler aufrechterhalten wollen, zeigt, daß Ludwig von Friedeburg schon damals mit seiner Politik richtig gelegen hat.

Ohne Übertreibung kann er heute als das erste und früheste Opfer der "Wende" bezeichnet werden, die 1982 zum Wechsel in Bonn führte. Ludwig von Friedeburg stand bei der Regierungsbildung 1974 in Hessen nicht wieder als Minister zur Verfügung, nachdem die FDP mit dem Abbruch der Koalitionsgespräche gedroht hatte. Wolfgang Mischnick damals zu den hessischen Verhandlungen: "Mit Friedeburg wäre von vornherein der Keim für einen Bruch der Koalition gelegt."

Aus Solidarität und um "die Regierungsfähigkeit" der SPD damals zu erhalten, verzichtete Ludwig von Friedeburg auf sein Amt, nicht jedoch auf die weitere Unterstützung der von ihm als notwendig bezeichneten Veränderungen im deutschen Bildungswesen. Der damalige GEW-Vorsitzende schrieb ihm nach dem Rücktritt: "Der Vorgang legt nahe die Frage zu stellen: Wie links dürfen Kultusminister sein? Offensichtlich



ist die Bandbreite für die Inhaber dieser Ressorts in der Bundesrepublik sehr schmal. Bildungspolitik, die mehr will als nur die Vorrechte der seit langem begünstigten Bevölkerungsschichten modernisieren und den aus Gründen des Wirtschaftswachstums erforderlichen Strom von Aufsteigern kanalisieren, wird von den in den Parteien und in der Publizistik Ton angehenden Bildungsbürgern immer noch mit Feuer und Schwert verfolgt. Immer noch findet Bildungspolitik dort ihre Grenzen, wo sie dafür sorgen will, daß der Mann auf der Straße mehr aus sich machen kann als einen brauchbaren Arbeiter und fügsamen Stimmbürger. Rahmenrichtlinien und Gesamtschulen werden nicht verfolgt, weil sie die Demokratie bedrohen, sondern weil sie dazu beitragen könnten, daß Demokratie, das heißt Freiheit und Gleichheit, in einem höheren Grade verwirklicht würde als bisher."

Ludwig von Friedeburg hat sich auch weiter an der bildungspolitischen Diskussion in der SPD und in der Öffentlichkeit beteiligt. Immer wieder hat er auf der Grundlage sorgfältiger wissenschaftlicher Analyse, mit dem wachen Instinkt für politische Möglichkeiten und der präzisen Wortwahl und begeisternden Eloquenz auf Kongressen, Arbeitstagungen und in Aufsätzen seine Auffassungen vorgelegt. Für viele Sozialdemokraten hat er Orientierungen formuliert und damit weit über die Sozialdemokratie hinaus gewirkt.

Als langjähriger stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich und der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD hat er gerade auch dazu beigetragen, daß für die Sozialdemokraten, die in den verschiedensten Institutionen des Bildungsbereichs arbeiten und Verantwortung tragen, gemeinsam und organisatorisch gefestigt handeln können.

Für alle Bildungspolitiker innerhalb der SPD gratuliere ich Ludwig von Friedeburg zu seinem Geburtstag und wünsche, daß er uns auch weiterhin mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft hilft, die Ziele und Inhalte sozialdemokratischer Bildungspolitik in unserem Lande umzusetzen.

(-/21.5.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Minister für das Fernmeldewesen der Republik Nicaragua, Enrique Schmidt-Cuadra, hielt auf dem SPD-Parteitag in Essen eine mit südmischen Beifall aufgenommene Rede, in der er die Errungenschaften, aber auch Probleme seines von den USA und den "Contras" bedrohten Landes darstellte. Wir dokumentieren jene Passage, die sich mit den Wahlen befaßt.

"Die USA wollen in Nicaragua freie Wahlen verhindern"

Im November dieses Jahres finden in Nicaragua Wahlen statt. Als wir 1979 den Befreiungskampf gewonnen hatten, hielten wir es nicht für notwendig, sofort Wahlen durchzuführen, weil unser Sieg von unserem Volk ersehnt und voll mitgetragen wurde. Die sandinistische Bewegung genoß unbestritten die Unterstützung des ganzen Volkes. 1980 schon kündigten wir für das Jahr 1985 Wahlen an. Diese fünf Jahre sollten uns die Atempause geben, um mit konzentrierter Kraft die Lebensbedingungen unseres Volkes zu verbessern. Als wir 1979 die Regierung unseres Landes übernahmen, erbten wir eine bankrotte Wirtschaft, eine Kapitalflucht von über zwei Milliarden Dollar, eine zerstörte Hauptstadt, die krasseste Unterentwicklung und den größten Analphabetismus in dieser Region. Doch die US-amerikanische Regierung wollte uns die berechnete und notwendige Zeit nicht zubilligen. Warum nur sind die Vereinigten Staaten nach vier Jahren Sandinismus so ungeduldig, wo sie sich doch in den 40 Jahren Somozismus so großzügig verhielten? Warum fordert die US-Regierung so dringend freie Wahlen in Nicaragua, obgleich sie weder auf freie Wahlen in Guatemala noch in Chile drängt?

Wir möchten klar feststellen, daß wir unter Demokratie nicht nur das Abhalten von Wahlen verstehen, sondern vor allem die Schaffung menschlicher Grundrechte. Dazu gehören für uns vor allem das Recht auf Gesundheit, auf Erziehung, auf Essen, auf Wohnung, auf Arbeit, auf Erziehung, auf Land - Voraussetzungen und Bedingungen also, die zum Aufbau einer Demokratie unerlässlich sind. Nur wer die lateinamerikanische Realität nicht kennt, kann behaupten, daß das bloße Abhalten von Wahlen, das "A" und "O" der Demokratie sei. Sie sind auf unserem Kontinent traditionell eine Pflichtübung der repressiven Oligarchien und Diktaturen, die damit den Status Quo aufrecht erhalten wollen. Wir aber wollen keine Wahlfarce, sondern echte freie Wahlen!

Als wir unsere Wahlen für 1985 programmierten, kritisierte man uns, dieser Zeitpunkt sei zu spät. Auch einige Eurer Genossen rieten uns, die Wahlen vorzuzerlegen. Das haben wir getan. Jetzt werfen uns die US-Regierung und unsere Oppositionsparteien vor, die Zeit reiche nicht aus, um sich zu organisieren. Sie wehren sich gegen die direkte Wahl des Präsidenten und dagegen, daß die Armee und die Polizei ebenfalls wählen dürfen - alles Dinge, die in einer Demokratie üblich sind. Sie erfinden ständig neue Ausreden, aus denen man schließen kann, daß sie in Wirklichkeit gar nicht an Wahlen interessiert sind, vielleicht weil sie Angst haben, sie zu verlieren. Deshalb drohen sie nun damit, die Wahlen zu boykottieren und versuchen, ihnen die Legitimationsbasis zu entziehen.

Wir Sandinisten sind davon überzeugt, daß wir die Wahlen gewinnen werden. Gleichzeitig wissen wir, daß sich die Regierung Reagan mit einem solchen Ergebnis nicht abfinden kann. Genossen, erinnert Euch an Chile, wo die Rolle der USA beim Sturz und der Ermordung des gewählten Präsidenten Salvador Allende hinreichend bekannt ist. Die US-Regierung hat kein Interesse daran, freie Wahlen in Nicaragua stattfinden zu lassen, es ist ihr vielmehr daran gelegen, sie zu verhindern. Trotz der ständigen Aggressionen von außen werden wir aber an unserem Vorhaben festhalten, im November Wahlen durchzuführen, damit unser Volk in voller Freiheit über das Schicksal seines Landes entscheiden kann. Das ist keine leichte Entscheidung gewesen. Selbst der Genosse Willy Brandt hat kürzlich seine Zweifel daran geäußert, ob er, wenn er in unserer Situation wäre, sich zu diesem Schritt entschließen würde.



Wir machen uns übrigens keinerlei Illusion darüber, daß unsere Bemühungen, unter so schwierigen Bedingungen Wahlen durchzuführen, von der derzeitigen Bundesregierung gewürdigt werden oder gar zu einer veränderten Haltung Bonns führen könnten. Kurz nachdem wir den Wahltermin bekanntgegeben hatten, verkündeten führende Christdemokraten, daß es sich bei unseren Wahlen keineswegs um eine demokratische Volksabstimmung handeln könne. Das wollen diese Politiker also jetzt schon wissen! Es scheint, Bonn hat sich auf Gedeih und Verderb an die Politik Washingtons angehängt, egal was wir tun.

Ich möchte als eine meiner letzten Überlegungen zu der irrsinnigen Auffassung Stellung nehmen, daß unsere Revolution in Nicaragua durch eine sowjetische Verschwörung manipuliert werde. Der Ursprung der nicaraguanischen Revolution lag weder in Moskau noch in Kuba, sondern in unserer eigenen Geschichte. Auch die Zukunft unserer Revolution liegt vor allem bei uns selbst. Was wir aber wollen, sind Zusammenarbeit, Handelsbeziehungen und normale diplomatische Kontakte mit allen Völkern. Und um das zu erreichen, brauchen wir die aktive Solidarität auch von sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen.

Die vorherige sozialliberale Regierung hatte uns Finanzkredite in Höhe von 40 Millionen Mark bewilligt, die unter anderem für das Fernmeldewesen unseres Landes bestimmt waren. Die jetzige Bundesregierung hat diese Kredite eingefroren mit der fadenscheinigen Begründung, wir seien inzwischen zu stark in den sowjetischen Herrschaftsbereich einbezogen. Obwohl wir eindeutig aufzeigen können, daß diese Auffassung in keiner Weise der Realität entspricht, beharrt Bonn weiter auf dieser Version.

Wir benötigen diese Kredite aus der Bundesrepublik dringendst, um beispielsweise das Fernmeldernetz erweitern zu können und um die Kommunikation zwischen unserer Pazifikküste und unserer Atlantikküste herzustellen. Wenn wir uns aber an die sozialistischen Staaten wenden, um von ihnen diese notwendigen Kredite zu erhalten, dann wird dies nur als Beweis dafür gesehen, daß wir Kommunisten geworden und zum sozialistischen Lager übergelaufen sind.

Wir haben an alle Länder der Welt appelliert, uns Waffen zu verkaufen, damit wir die Grenzen unseres Landes und unsere schwer erkämpfte Revolution gegen die militärischen Angriffe von außen verteidigen können. Wenn uns daraufhin nur sozialistische Länder positiv antworten und uns die dringend benötigten Waffen liefern, ist dies ebenfalls nur ein Beweis dafür, daß wir im Begriff sind, einen angeblich undemokratischen und totalitären Weg einzuschlagen. Aber, Genossen, ist es nicht so, daß der Pluralismus im Inland nur eine Folge des Pluralismus von außen sein kann? Was sollen wir denn tun? Sollen wir kapitulieren? Sollen wir Selbstmord begehen?

Nein, das werden wir ganz bestimmt nicht tun! Niemals! Was uns bei unserem Kampf hilft, ist die Sicherheit, daß wir auf Eure Hilfe bauen können, daß wir die Solidarität der Sozialdemokraten und die Solidarität der Demokraten in aller Welt haben.

Unsere Revolution ist die Hoffnung Lateinamerikas und aller unterdrückten Völker. Euch, die Ihr Euch mit den Kräften des Fortschritts, des Wandels, der Geschichte Lateinamerikas und unserer Revolution verbunden fühlt, fordern wir auf, Euren politischen Einfluß noch aktiver zu nutzen, um die USA daran zu hindern, ihre aggressive, imperialistische und interventionistische Politik fortzusetzen.

Genossinnen und Genossen, Eure Freiheit, Eure Demokratie wären in Frage gestellt, und Euer Gewissen könnte nicht ruhen, wenn Ihr Unfreiheit und Gewalttätigkeit für andere Länder, wenn auch kleinere, zulassen würdet.

Freunde, wir sind uns Eurer Solidarität bewußt. Das hilft uns. Gleichzeitig ist diese Solidarität jedoch auch ein Beitrag für Eure Unabhängigkeit und Eure Freiheit.

(-/21.5.1984/ks/rs)

+ + +

